

Beschluss der Delegiertenversammlung der IG Metall Frankfurt



Es darf keine gemeinsame Erklärung des DGB mit der Bundeswehr geben, die vom DGB- Bundesvorsitzenden Michael Sommer mit dem deutschen Verteidigungs- bzw. Kriegsminister de Maiziere auf der DGB-Bundesvorstandssitzung am 5.2.2013 angekündigt wurde. Ebenfalls darf es keine enge Zusammenarbeit zwischen dem DGB und der Bundeswehr geben. Die Gegensätze zwischen den Gewerkschaften, die für den Frieden eintreten und der Bundeswehr, die seit Jahrzehnten Kriege führt, bleiben bestehen und sind unüberbrückbar. Die Aufgabe der Gewerkschaften bleibt weiterhin der Kampf gegen den Krieg der Bundeswehr im In- und Ausland durch die Aufklärung der Gewerkschaftsmitglieder und der Beschäftigten sowie durch Aktionen in den Betrieben und auf den Strassen der Republik. Der Vorstand der IG Metall ist aufgefordert, in diesem Sinne zu handeln.

Begründung:

Auf Einladung des DGB nahm Verteidigungs- bzw. Kriegsminister de Maiziere an der DGB- Bundesvorstandssitzung am 5.2.2013 teil. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz kündigten Michael Sommer vom DGB und de Maiziere die Erarbeitung einer gemeinsamen Erklärung von DGB und Bundeswehr an und sprachen sich für eine vertiefte Zusammenarbeit aus, da es ihrer Meinung nach keine Gegensätze zwischen der organisierten Arbeiterbewegung und dem deutschen Militär mehr gebe. Wir stellen jedoch fest: Die Bundeswehr führt Kriege in aller Welt. Auch die Kanzlerin und das Kriegsministerium sprechen vom deutschen Krieg in Afghanistan. Das ist angesichts zweier Weltkriege, in denen insbesondere Millionen Arbeiter ihr Leben verloren, für die organisierte Arbeiterbewegung nicht hinnehmbar und das ist auch grundgesetzwidrig. Der deutsche Bundeswehr-Oberst Klein hat in Kundus/Afghanistan den Beschuss eines Tanklusters veranlasst mit dem Tod von über 160 Menschen, inklusive von Dutzenden von Kindern, deren Tod er bewusst in Kauf nahm, wie aus einem Untersuchungsbericht hervorgeht. Der Oberst wurde dafür nicht verurteilt, sondern zum General befördert. Die Bundeswehr kann auch bewaffnet im Inland gegen Streikende und die eigene Bevölkerung eingesetzt werden, was von den Soldaten ständig geübt wird und wofür die Bundeswehr einen Übungsplatz für den Bürgerkrieg in Schnögersburg bei Halle aufgebaut hat. Mit 500 Häusern, Straßen und Fabrikhallen. Auch eine U-Bahn gibt es dort und dies zeigt, dass der Bürgerkrieg im eigenen Land gegen uns geübt wird, denn U-Bahnen gibt es in Afghanistan nicht sehr zahlreich.

Beschluss der Delegiertenversammlung der IG Metall Offenbach am 11.3.2013

KEINE GEMEINSAME ERKLÄRUNG DGB UND BUNDESWEHR !



Es darf keine gemeinsame Erklärung zwischen DGB und der Bundeswehr geben, wie sie vom DGB Vorsitzenden Sommer und dem Verteidigungs- bzw. Kriegsminister de Maiziere am 5.2.2013 auf einer Pressekonferenz anlässlich einer DGB-Vorstandssitzung angekündigt wurde. Die Erklärung der organisierten Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung findet sich in unserer Satzung und heißt, dass wir dem Kampf gegen Militarismus, Völkermord und Krieg, für „Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung“ (§2 der Satzung der IG Metall) verpflichtet sind. In diesem Sinne müssen die Gewerkschaften in den Betrieben und auf der Straße mit Aufklärung und Aktionen tätig sein.

Begründung:

Es darf keinen Millimeter Gemeinsamkeit der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung mit der Bundeswehr geben die bereits Kriege in aller Welt führt, die sich für die weltweite „Sicherung der Rohstoffversorgung“ rüstet, die mit Tornados gegen Demonstranten im Inland fliegt und die bereits den Einsatz gegen streikende Arbeiter trainiert. Es kann und darf keine Gemeinsamkeiten geben mit dem Militarismus, der unsere Kinder an Schulen und Universitäten für das Geschäft mit dem Tod zu rekrutieren versucht. Es waren vor allem auch Gewerkschafter in den 50er Jahren, die zu Hunderten von Jahren Gefängnis verurteilt wurden, weil sie – trotz Verbot durch die Adenauerregierung – 5,6 Millionen Unterschriften gesammelt hatten gegen die deutsche Wiederbewaffnung. 1981 kam es zu heftigen Protesten in den Gewerkschaften, als der DGB eine 7-Punkteerklärung zusammen mit der Bundeswehr verabschiedete, in der von „wechselseitigem Vertrauen und Achtung“ die Rede war. Jetzt lud der DGB-Vorstand am 5. Februar dieses Jahres Verteidigungs- bzw. Kriegsminister de Maizière zu seiner Vorstandssitzung ein. Während der DGB-Vorsitzende Sommer von einem „wirklich sehr tollen Gespräch“ sprach, bezeichnete de Maizière Bundeswehr und Gewerkschaften gleichermaßen als „Teil der Friedensbewegung“. Eine gemeinsame Erklärung zwischen Bundeswehr und Gewerkschaften soll jetzt erarbeitet werden.